

Grotewohl gibt Versorgungskrise zu

Neue Normen versuchsweise im Erzbergbau eingeführt

Über die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Zonen-situation beriet vom 13. bis 15. April eine Plenartagung der SED, auf der weitreichende Maßnahmen zur Liquidierung des „Neuen Kurses“ beschlossen worden sind. In der Parteipresse wurden darüber nur die langatmigen Vor-Erklärungen der beteiligten Regierungs- und Parteifunktionäre gebracht. Dabei wurde gerade auf dieser Tagung die zumindest für das laufende Jahr Gültigkeit besitzende Politik von Staat und Partei präzisiert. Sie gipfelte in drei Hauptforderungen: 1. Abzweigung aller verfügbaren Haushaltsmittel für Armee und Industrie, 2. generelle Normenerhöhung in der gesamten Zonenindustrie, beginnend im Erzbergbau, und 3. Garantierung einer flüssigen KVP-Rekrutierung ohne offizielle Verkündung der Wehrpflicht.

Über den die Zonenbevölkerung am meisten interessierenden Punkt sprach Grotewohl. Er wies auf die fehlenden Exporte und die hohe Staatsverschuldung hin und gab zu, daß der Lebensstandard von 1952 vorerst nicht wieder zu erreichen sei. In der SED-Presse wurde später ein unwesentlicher und zum Teil gefälschter Auszug dieser Rede unter dem Titel „Unsere Arbeit ist gut und trägt Früchte!“ gebracht.

Diese auszugsweise Erklärung, die mehr als eine erste, offizielle Stellungnahme der Regierung zur Versorgungskrise betrachtet werden muß, gibt einmal das Vorhandensein einer solchen Krise grundsätzlich zu. Gleichzeitig aber versucht Grotewohl, den sich zuspitzenden Mangel zu bagatellisieren, indem er von „Schwierigkeiten in der Getreide- und Zuckerversorgung“ spricht. Als ob in der Zone nicht viel wichtigere Dinge fehlten als nur Zucker und bestimmte Sorten Brot!

Grotewohl verweist auf die schlechte Ernte des Vorjahres, die um 800 000 Tonnen unter der des Vorjahres gelegen haben soll. Als vor einem Vierteljahr im Westen von nur etwa 600 000 fehlenden Tonnen gesprochen wurde, hatte der Ministerpräsident diese Angaben energisch

dementiert! Tatsächlich aber hätte die Ernte für die Versorgung ausreichen müssen.

555 000 t Zucker fehlen

An Zucker habe die Versorgung durch die verwässerte Rübenernte 555 000 Tonnen verloren.

Über die Tatsache, daß die festgesetzten Zuckerexporte trotzdem durchgeführt und sogar erhöht wurden und in vielen Fällen industrielle Exportschulden trotz dieser Verknappung mit Zucker bezahlt worden sind, sagte Grotewohl kein Wort.

Fleisch, Fett, Kartoffeln und Nahrungsmittel seien jedoch ausreichend vorhanden. Klar und ernst müsse er, Otto Grotewohl, sagen: Hier sei ihm kein Mangel bekannt!

Zu dieser Unverfrorenheit gesellen sich einige Belehrungen über Währungsstabilität. Die Ostmarkwährung sei stabiler als die D-Mark West, erzählte Grotewohl. Das gehe allein daraus hervor, daß weniger Ostgeld im Umlauf sei als in der Bundesrepublik die D-Mark West. Ein kurzer Blick auf die gegenseitigen Schaufenster: Wen wundert das? Am wenigsten allerdings den sowjetzonalen Bürger und Gewerbetreibenden, der unter höchster Strafandro-

hung nie mehr als 300,— DM im Hause oder in der Ladenkasse aufbewahren darf.

Normenrummel beginnt

Dieser rhetorische Unfug soll die Gemüter beruhigen vor der Maßnahmen zweitem Teil: Normenerhöhung! Diesmal verkündet man keine administrative Normenerhöhung, sondern kommt auf dem Umweg über die „technischen Arbeitsnormen“ zum gleichen Ziel.

Dies ist eine „dem technischen Fortschritt der Betriebe angemessene Normenangleichung“, die eine Steigerung des Arbeits-solls bis zu 20 Prozent und eine Senkung der Lohnsumme bis zu 25 Prozent mit sich bringt.

Im Erzbergbau wurden die technischen Arbeitsnormen am 1. April als Versuchsballon generell eingeführt. Der Einführung ging eine intensive „Aufklärungskampagne“ voraus. Die SED und der FDGB wollen bis zum 1. Mai die Wirkung auf die Arbeiterschaft studieren, um kurz nach dem „Feiertag der Werktätigen“ in den übrigen Betrieben nachzuziehen.

Nimmt man einen Durchschnitt von 15prozentiger Erhöhung der Arbeitsleistung und damit verbundenem etwa 15- bis 20prozentigen Verdienstaustfall, kann sich jeder Arbeiter — gemessen an dem Defizit seines Betriebes — bereits während der Maidemonstration ausrechnen, was er sich in der Zonenwirtschaft künftig leisten kann.

Und wenn er sich zuvor die Erklärungen der letzten SED-Plenartagung durchgelesen hat, weiß er, für was die SED an diesem 1. Mai demonstrieren läßt: Für den endgültigen Verzicht auf das, was ihm seit Jahren unter dem Motto „Morgen werden wir besser leben!“ versprochen wird!

J. B. GRADL

Sind wir unsichere Partner?

Es ist erstaunlich, wie sehr die internationale politische Situation in den wenigen Wochen in Bewegung geraten ist, die seit der dritten Lesung der Pariser Verträge im Bundestag vergangen sind. Im Fernen Osten, wie die Erklärung von Tschu en-Lai zum Formosa-Streit zeigt, und in unserem Bereich.

Die Sorge auch bei den Befürwortern der Verträge war nicht gering, daß angesichts der sowjetischen Drohung, nach der Ratifikation nicht zu verhandeln, zunächst eine Periode der Erstarrung durchgemacht werden müßte.

Jetzt ist die deutsche Frage wieder Gegenstand intensiver Diskussion geworden — noch nicht in der amtlichen Politik zwischen West und Ost, wohl aber in dem inoffiziellen Meinungsaustausch der Politiker und Publizisten. Natürlich spielt die Frage eine Rolle, was den Kreml zu seiner vernünftigen Haltung in der Österreichfrage gebracht haben könnte. Es ist interessant, daß gerade die sozialdemokratische Wiener „Arbeiterzeitung“ die einfache Antwort gibt: „weil und seitdem die Ratifizierung der Pariser Verträge eine vollzogene Tatsache ist“.

Selbst Herr Ulbricht hat sich damit abgefunden, wie seine im Parteiorgan der SED abgedruckte Rede zur Lenin-Feier in Leipzig am 22. April zeigt. Er schaltet jetzt um von dem Kampf gegen die Ratifikation auf den Kampf gegen die Durchführung. Aber was interessanter ist: während sich die sowjetischen Kommunisten noch vor wenigen Jahren geharnischt gegen Neutralität gewandt hatten, versucht Herr Ulbricht sich jetzt — sicher nicht aus eigenem Antrieb — mit dem Gedanken „eines breiten Gürtels neutraler Staaten“ unter Einschuß Deutschlands zu befreunden. Auch ein, wenn auch merkwürdiges Zeichen dafür, wie das politische Denken des Ostens in Bewegung geraten ist.

Natürlich dürfen die eigenen Gedanken nicht stehenbleiben,

weder die deutschen noch die unserer westlichen Partner. In dem deutsch-englischen Gespräch, das während des vergangenen Wochenendes in Königswinter stattgefunden hat, war für die englischen Teilnehmer die Eindringlichkeit, mit der der Drang nach Wiedervereinigung von den deutschen Gesprächspartnern kundgetan wurde, offenbar überraschend. Daß die Wiedervereinigung ein deutsches Ziel ist, das wußten die Engländer natürlich von jeher.

Aber es schien doch so, als ob die englischen Teilnehmer bei der politisch-nüchternen Ergründung der gegenwärtigen Situation von der Meinung beherrscht waren, mit der Annahme der Pariser Verträge sei nun eine Basis geschaffen, auf der zunächst einmal in Ruhe und Gründlichkeit gearbeitet werden sollte.

Natürlich hat die — zufällig gerade am Vorabend des deutsch-englischen Treffens — von Moskau erweckte Hoffnung auf friedliche Räumung der Sowjetzone Österreichs ausgestrahlt. Aber der deutsche Gesprächsbeitrag wäre ganz sicher ohne den Wiener Vorgang ebenso drängend gewesen, weil die Pariser Verträge für das deutsche Denken weniger Abschuß als vielmehr Beginn politischer Aktivität sind.

Möglichkeiten und Grenzen

Doch war noch etwas anderes, was vielleicht der eigentliche Grund für die Spannung des Gespräches war: die deutschen Teilnehmer konnten als künftige Lösung des Problems friedlicher Wiedervereinigung nur Möglichkeiten zeichnen, die auf eine gewisse Lockerung der in den Pariser Verträgen vorgesehenen militärischen Verknüpfung der Bundesrepublik mit dem westlichen Militärsystem hinauslaufen. Die inneren deutschen Meinungsverschiedenheiten über Möglichkeiten und Grenzen solcher Lockerung als Preis für den friedlichen sowjetischen Rückzug hinter die Oder zeigten sich sehr schnell auch in dieser Debatte in der Spannweite von der deutschen Bündnislosigkeit bis zu einer Differenzierung des europäischen Sicherheitssystems.

Nun ist schon allein die Tatsache, daß die deutschen Auffassungen absolut offenerherzig ausgesprochen wurden und werden, ein Zeichen dafür, daß das deutsche Suchen und Drängen nach einem friedlichen Weg zur Wiedervereinigung nicht als eine Abkehr von unseren westlichen Freunden gedeutet werden darf.

Last der Vergangenheit

Aber die deutsche Politik und Publizistik wird in Zukunft doch eine Gegebenheit stark zu beachten haben, die auch eine Lehre dieser Tagung ist: Wir schleppen noch immer die Last der schlechten Erfahrungen mit uns, die unsere Nachbarn mit dem Deutschland vor 1945 gemacht haben. Ihre schlechte Erinnerung an den Pakt Hitlers mit Stalin ist noch lebendig. Das mag uns nicht gefallen, aber es ist eine Realität. So müssen wir behutsam sein.

Behutsam, das heißt nicht etwa unehrlich. Unser Verlangen nach möglichst baldiger Wiedervereinigung ist viel zu natürlich, als daß es einen Sinn hätte, dieses Verlangen nur versteckt zu verfolgen. Aber wir müssen uns bewußt sein — in dem Streit um die Pariser Verträge ist das von der Opposition nicht selten vergessen worden —, daß wir zu friedlicher Wiedervereinigung nicht nur die Einsicht der Sowjetrussen gewinnen müssen, sondern auch das Vertrauen der westlichen Mächte brauchen.

Um es uns zu sichern, benötigen nicht freundliche Versicherungen, sondern wir müssen das Denken unserer westlichen Partner bei unserem Suchen nach einem Weg aus dem Dilemma der deutschen Spaltung zwischen West und Ost sorgfältig und mit lauterem Willen berücksichtigen. Der Eindruck darf nicht entstehen, daß wir Deutsche, kaum daß man uns Souveränität und Waffen wiedergibt, keine sicheren Partner mehr in der Politik sind.

Wir werden nichtsdestoweniger drängen, weil wir drängen müssen. Um unserer siebzehn Millionen mitteldeutscher Landsleute willen, aber auch zur Schaffung dauerhaften Friedens in Europa. Die Aufgabe kann nicht gelöst und eine Lösung kann nicht gewagt werden ohne oder gar gegen die freie Welt, sondern nur mit ihr.

Dänischer König unterzeichnete

Kopenhagen (DPA). König Frederik von Dänemark hat die Ratifizierungsprotokolle der Pariser Verträge über die Wieder- aufrüstung Deutschlands und den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO unterzeichnet. Das Folketing hatte die Pariser Verträge am Dienstag mit großer Mehrheit angenommen.

Österreicher entlassen

Wien (AP). 15 österreichische Kriegsgefangene und Zivilinter- nierte, darunter zwei Frauen werden am 29. April aus der Sowjetunion in die Heimat ent- lassen werden. Nach amtlichen Schätzungen befinden sich noch mehr als 1000 österreichische Kriegsgefangene und Zivilinter- nierte in sowjetischen Lagern.

Verantwortung für Berlin

CDU-Landesparteitag — Tillmanns wiedergewählt

Berlin (Eigenbericht). Die Ber- liner CDU hat auf ihrem Lan- desparteitag Bundesminister Dr. Robert Tillmanns zu ihrem ersten Vorsitzenden wiederge- wählt. Der ehemalige Regie- rende Bürgermeister Dr. Schrei- ber wurde in Würdigung seiner Verdienste um Berlins Freiheit zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

Mit großem Beifall nahmen die Delegierten des Parteitag es die grundsätzlichen Referate Bundesminister Tillmanns sowie des Fraktionsvorsitzenden Ernst Lemmer zum Thema „Die Ver- antwortung der CDU für Ber- lin“ auf. Während Tillmanns die beim Fall der erhöhten Straßengebühren besonders deutlich gewordene gute Zusam- menarbeit zwischen Berlin und dem Bund hervorhob, wandte sich Lemmer den Aufgaben Ber- lins als künftige deutsche Hauptstadt zu.

Zur Europapolitik erklärte Bundesminister Tillmanns, die Haltung Deutschlands sei für die Verteidigung Europas ent- scheidend. Das plötzliche Ein- verständnis der Sowjets in der Österreichfrage wertete er als einen Versuch, um im allerletz- ten Moment noch einmal die Kräfte zu stärken, die die Pa- riser Verträge ablehnen. Man spreche gegenwärtig, sagte Till- mann, wieder von der „dritten

Am 5. Mai Souveränität Keine Verzögerung der Verträge — Urkunden hinterlegt

Bonn (Eigenmeldung/AP/DPA). Frankreich und Großbritan- nien werden am 5. Mai gemeinsam die Ratifikationsurkunden über die Vertragswerke in Bonn, Brüssel und Washington hinterlegen. Damit wird die Bundesrepublik souverän. Am Ende eines zweiwöchigen Zeitabschnittes intensiver außenpolitischer Verhandlungen soll um den 10. Mai die Aufnahme der Bundes- republik in den Atlantikpakt erfolgen. Die Gründungsversamm- lung der Westeuropäischen Union, an der Bundeskanzler Dr. Adenauer persönlich teilnimmt, wird am 7. und 8. Mai in Paris stattfinden.

Die USA haben bereits in der vergangenen Woche die Ratifi- kationsurkunden als erste hin- terlegt, früher als man allge- mein erwartet hatte. Dann folg- ten die Bundesregierung und Italien.

Parallel zu diesen letzten Vor- bereitungen für die Verwirk- lichung des deutschen Verteidi-

gungsbeitrages finden die ersten Vorbesprechungen für eine ge- plante Vierer-Konferenz statt. Sachverständige der drei West- alliierten werden am 27. April in London mit einer deutschen Delegation zusammentreffen, um einen gemeinsamen westlichen Vorschlag zur Deutschland- Frage auszuarbeiten.

Im Gegensatz zu den Erwar- tungen Bonns werden die Ver- treter der Bundesrepublik an den Besprechungen nur jeweils dann teilnehmen, wenn deutsche Fragen behandelt werden. Die Frage einer Vierer-Konferenz soll während der Konferenz der Atlantikpakt-Staaten in Paris vom 9. bis 11. Mai Gegenstand von Besprechungen zwischen den Außenministern sein.

Vor den letzten formalen Ent- scheidungen über die Pariser Verträge finden in Bonn die seit langem verabredeten deutsch- französischen Besprechungen über alle schwebenden Fragen statt. Zu diesem Zweck trifft der französische Außenminister Pinay am 23. April in Bonn ein und bleibt dort zwei Tage.

Ausgelacht

Lüneburg (AP). Der frühere KP-Bundestagsabgeordnete Ren- ner wurde von einer rund 1000- köpfigen Menschenmenge bei einer KPD-Wahlkundgebung auf dem Lüneburger Marktplatz ausgelacht und ausgepöf- fen.

KP-Niederlage

Rom (AP). Einen weiteren Rückschlag haben die italieni- schen Kommunisten bei den Be- trieberratswahlen in einem Werk der Metallindustrie in La Spezia erlitten. Die Kommunisten er- hielten 331, die nichtkommuni- stische Liste 410 Stimmen.

Kraft“. Wörtlich fuhr er fort: „Es wäre vielleicht dies ein Glück, aber eine solch ausglei- chende Kraft kann doch nur Euro- pa sein. Wer dies will, muß erst Europa wollen!“

„DDR“ ist Gewaltherrschaft

Karlsruhe (DPA). Der Vierte Zivilsenat des Bundesgerichts- hofes hat die auf das Bundes- entschädigungsgesetz gestützten Wiedergutmachungs - Ansprüche des in Westberlin wohnenden Publizisten Professor Ernst Nie- kisch abgewiesen.

Niekisch war 1939 von den Na- tionalsozialisten wegen Vorbe- reitung zum Hochverrat zu lebenslänglichem Zuchthaus ver- urteilt und 1945 von den Russen aus dem Zuchthaus Branden- burg befreit worden.

In der Urteilsbegründung stellt der Senat fest, daß nach § 1 Absatz 4 des Bundesent- schädigungsgesetzes diejenigen Naziverfolgten keinen Anspruch auf Entschädigung haben, die einer Gewaltherrschaft Vorschub leisten.

Als Abgeordneter der Sowjet- zonen-Volkskammer habe der Kläger aber einer solchen Ge- waltherrschaft Vorschub geleis- tet. Da er in Westberlin wohne, habe für ihn keine Notwendig- keit bestanden, der Volkskam- mer anzugehören.

Massenausritte aus der KPO

Wien (AP). Die sowjetische Zusage, die Besatzungstruppen bis spätestens zum 31. Dezember aus Österreich zurückzuziehen, hat nach Berichten der Wiener Zeitung „Neuer Kurier“ zu Massenausritten aus der Kommunistischen Partei Österreichs geführt. Auch Geschäftsleute, die die kommunistischen Organisationen aus Furcht vor den sowjetischen Besatzungstruppen unterstützten, hätten ihre Spenden bereits eingestellt.

Andere Form des Kolonialismus

Bandung: Heftige Angriffe auf den Ostblock

Bandung (AP/DPA). Die große afrikanisch-asiatische Konferenz, an der in Bandung auf Java über 700 Delegierte aus 29 Ländern der beiden Kontinente mit einer Bevölkerung von 1,4 Milliarden Menschen teilnahmen, stand im Zeichen der großen weltpolitischen Probleme. Vom ersten Tag an warnten unter dem eisigen Schweigen der Delegierten Rotchinas und Indiens und unter dem starken Beifall zahlreicher anderer Delegationen die Vertreter des Irak und Persiens vor den Gefahren des Weltkommunismus.

Als einer der ersten Sprecher verurteilte der irakische Delegationsführer Dr. Jamal alle Formen des Kolonialismus. Er erwähnte dabei besonders den Kommunismus, den er einen neuen und gefährlichen Kolonialismus nannte.

Auch der persische Delegierte Abdeh wandte sich gegen den Kommunismus, das „schleichende Gift des 20. Jahrhunderts“.

Auch der ceylonische Ministerpräsident richtete heftige Angriffe gegen den Kommunismus, den er mit dem Hinweis auf die unterdrückten Völker Osteuropas als eine andere Form des Kolonialismus bezeichnete.

In eine Sackgasse geriet die

Rotchinesisches Angebot

Washington (AP/DPA). Das überraschende Angebot des rotchinesischen Ministerpräsidenten Tschu en-Lai, direkte Verhandlungen mit den USA über Formosa und andere Fernost-Probleme zu führen, ist in Washington, aber auch in London und Paris mit Zurückhaltung aufgenommen worden.

Tschu hatte auf der asiatisch-afrikanischen Konferenz nach einer Geheimbesprechung mit Vertretern der Colombo-Staaten

Sowjet-Einladung angenommen

Antwort auf Österreich-Note — Erst Vorkonferenz

Washington (AP/DPA). Die drei Westmächte haben die sowjetische Einladung zu einer Viermächte-Konferenz über den österreichischen Staatsvertrag angenommen. Sie schlagen jedoch vor, zunächst für den 2. Mai eine Botschafterkonferenz, an der auch Österreich teilnehmen soll, nach Wien einzuberufen.

Die Botschafter sollen die letzten Einzelheiten des Vertra-

ges ausarbeiten, so daß die Außenminister nur noch zu unterschreiben hätten. Die Westmächte betonen, daß sie sich freuen würden, zum „frühestmöglichen Zeitpunkt“ an einer Konferenz der Außenminister zur Unterzeichnung des Vertrages teilzunehmen.

Über den Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrages durch die Außenminister herrschen unterschiedliche Auffassungen. Während in London Ende Mai genannt wird, glaubt Moskau an eine Unterzeichnung am 8. Mai, dem zehnten Jahrestag des Kriegsendes. Washington dagegen nennt als frühestmöglichen Termin den Juni.

Die ungeklärten Punkte, die von der vorbereitenden Botschafter-Konferenz vor der Außenministerbegegnung zu klären sind, sind außer sehr schwierigen Fragen: 1. Die Neutralitätserklärung Österreichs und 2. die Garantie der vier Mächte für die Unabhängigkeit Österreichs.

In Moskau wurde lediglich vereinbart, daß Österreich die Neutralitätserklärung erst nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages abgibt, doch nichts über den Inhalt. Kein Wort wurde über die Garantie für die österreichische Unabhängigkeit gesagt. Es konnte auch gar nicht geschehen, weil Österreich nicht befugt ist, über Probleme zu sprechen, die Sache der drei Westmächte sind.

So gesehen könnte der vielfach gezeigte Optimismus als verfrüht bezeichnet werden. Um so mehr, als nach den bisherigen Erfahrungen es durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt, daß Moskau für die Neutralität wie für die Garantie der Unabhängigkeit Forderungen stellt, die für den Fall einer wirklichen oder behaupteten Gefährdung der Unabhängigkeit Eingriffsrechte vorsehen, die anderen Verhandlungspartnern als eine so schwere Bedrohung des angestrebten Friedenszustandes erscheinen, daß sie die jetzige Situation der Neuregelung vorziehen.

Konferenz, als eine Entschlie-
ßung gegen den Kolonialismus
gefaßt werden sollte.

Nach neunstündiger Debatte gelang es, eine Kompromißformel zu finden. Einige der teilnehmenden Staaten wollten diese Bezeichnung nur auf den Kolonialismus herkömmlichen Stils angeführt wissen, während andere mit diesem Ausdruck auch den „neuen Kolonialismus“ der kommunistischen Mächte bezeichnen wollten. Man hat sich darauf geeinigt, daß es den Konferenzmitgliedern freigestellt werden soll, welcher der beiden Auffassungen über den Kolonialismus sie sich anschließen wollen.

erklärt, seine Regierung wün-
sche keinen Krieg mit den USA.
Sie sei bereit, zusammen mit
den USA über die Lösung der
Formosa-Frage und die Verminderung der Spannungen im Fernen Osten zu beraten. Ein chinesisches Sprecher erläuterte später, es sei an „direkte zweiseitige Verhandlungen“ und nicht an eine Zehn-Mächte-Konferenz gedacht, wie sie die Sowjetunion vorgeschlagen habe.

„Getreide-Divisionen“ an die Agrarfront

Sowjetische Landerschließung mit militärischem Hintergrund

Bei den Riesenprojekten zur Erschließung von 30 Millionen Hektar Land in Kasakstan und anderen fernöstlichen Gebieten der Sowjetunion werden neuerdings geschlossene Einheiten der Reservisten der Roten Armee eingesetzt. Nach letzten Informationen liegen dieser Großplanung des ersten Parteisekretärs Chruschtschew nämlich nicht allein agrarpolitische, sondern darüber hinaus auch noch militärische Motive zugrunde.

Viele der neu erstehenden Staatsgüter (Sowchosen), die in strategisch sicheren Provinzen liegen, sollen dazu benutzt werden, um dort gleichzeitig eine hochqualifizierte Bauernmiliz, die aus früheren Elitetruppen rekrutiert wird, aufzubauen.

Deshalb werden nicht etwa lediglich demobilisierte Soldaten der Roten Armee dorthin entsandt, sondern es erfolgt der geschlossene Einsatz ganzer militärischer Verbände einschließlich der Offiziere und Unteroffiziere. Dabei bleibt die Verbindung zu den aktiven Stamm-Einheiten aufrechterhalten.

So meldete dieser Tage die Rundfunkstation von Alma Ata, der Hauptstadt der Sowjetrepublik Kasakstan, Generalmajor Wladimir Nikolajewitsch Solowjew sei in der Provinz Akmolinsk zum Direktor eines durchschnittlich 20 000 Hektar umfassenden Staatsgutes, das nach Chruschtschew eine Art Getreidefabrik darstellen soll, ernannt worden.

Der Rundfunkbericht fügte hinzu: „Der alte Militärbefehlshaber ist von seinen Soldaten nicht vergessen worden. Viele Soldaten sind nach ihrer Entlassung aus der Sowjetarmee auf dem gleichen Staatsgut eingetroffen, das ihr Kommandeur leitet.“ In der Nachbarschaft trage dieses neue Staatsgut bereits den Namen die „Getreide-Division“.

„Wehrbauern“ sowjetisch

Schon früher fanden sich in der sowjetischen Presse einige Mitteilungen über diese militärische Seite der Siedlungsprojekte. Daraus ging hervor, daß aktive Divisionen der Roten Armee eine Art Schirmherrschaft über neue Sowchosen übernehmen und dann ihre Reservisten nach der Entlassung automatisch dorthin dirigieren.

Z. B. wurde bekanntgegeben, ein Staatgut in der Provinz Kokschirowetsch in Kasakstan werde „Kantemirowetsch“, nach der bekannten „Kantemirow-Garde-Division“, genannt und das leitende Personal werde ausschließlich aus ehemaligen Soldaten, Unteroffizieren und Feldwebeln der Division bestehen.

Wie im alten Rom

Eine ähnliche militärische Kolonisierungsarbeit wurde bereits einmal in den dreißiger Jahren versucht. Um Ussiri, den Grenzfluß zwischen Rußland und der Mandchurei, entstanden damals zahlreiche Kolchosen der Roten Armee und der Roten Flotte. Ihrer Gründung lag die Idee des alten Roms zugrunde, dessen Legionen an den Grenzen des Reiches oft gleichzeitig Soldaten und Bauern sein mußten.

In Kasakstan erfüllen die neu entstehenden Staatsgüter der Roten Armee jetzt allerdings eine etwas andere Aufgabe, da sie nicht in einem Grenzgebiet liegen. Hier handelt es sich vielmehr darum, Arbeitskräfte entsprechend der letzten Moskauer Planung an einen Schwerpunkt zu dirigieren und gleichzeitig die Kader gewisser Elite-

divisionen so zusammenzufassen, daß sie leichter wieder zu mobilisieren und im Bedarfsfall einzusetzen sind, als sowjetische Durchschnittsreservisten.

Im übrigen scheint die Rekrutierung von Arbeitskräften für diese Landbauprojekte in den asiatischen Teilen der Sowjetunion nach wie vor weit hinter der Planung zurückzubleiben. Weder die Soldaten noch die 200 000 Mitglieder des Komso-mol, des kommunistischen Jugendverbandes, die bisher dorthin entsandt wurden, reichen auch nur annähernd aus.

Sollen tatsächlich im Verlauf der nächsten Jahre dreißig Millionen Hektar Land neu bestellt werden, benötigt man hierfür drei Millionen Arbeitskräfte.

Massenumsiedlung

In der Zeitschrift des sowjetischen Landwirtschaftsministeriums „Sotsialisticheskoe Selskoje“ wurde deshalb jetzt der Vorschlag einer organisierten Massenumsiedlung aus den am dichtesten besiedelten Westgebieten der Sowjetunion nach Asien gemacht.

Bei diesen Provinzen handelt es sich vor allem um Gebiete, die von Rußland erst nach dem zweiten Weltkrieg annektiert wurden. Moskau politische Absicht ist zu erkennen: polnische und ukrainische Bevölkerungsteile, die vom Kommunismus für unzuverlässig und verdächtig gehalten werden, sollen als Arbeitskräfte in ferne asiatische Regionen deportiert werden.

Aufbruch im Sowjetlager

Tokio (DPA). Von schweren Unruhen in sowjetischen Gefängnissen innerhalb der letzten beiden Jahre berichteten 88 Japaner, die nach zehnjähriger Gefangenschaft in der Sowjetunion in ihre Heimat zurückkehrten.

Ein besonders schwerer Aufbruch, bei dem über 200 Gefangene getötet und 190 verletzt wurden, sei im Juni 1954 in dem Gefängnis von Karaganda ausbrochen. Die Sowjets seien

mit Panzern und Maschinengewehren gegen die japanischen Gefangenen vorgegangen.

150 Gefangene hätten sich, so berichteten die Japaner, zu Sprengern für insgesamt 150 000 Gefangene gemacht und von den Sowjets bessere Lebensbedingungen gefordert. Die Gefängnisbehörden hätten diese Wortführer erschossen.

Schließlich seien höhere Beamte aus Moskau gekommen und hätten einige der Forderungen der Gefangenen erfüllt.

Fünfjahrplan wird nicht erfüllt

Erhebliche Rückstände nicht mehr aufzuholen

Berlin (Eigenbericht). Die Sowjetzone hat entgegen ihrer bisherigen Praxis für 1955 keinen Volkswirtschaftsplan veröffentlicht, sondern lediglich über Einzelpläne berichtet. Dies mag mit der Umstellung auf den „neuen Kurs“ und zurück zum alten Kurs zusammenhängen. So kam es, daß noch im Februar 1955 die sogenannte Planerkonferenz über die ökonomischen Hauptaufgaben beriet und die Pläne vom Herbst vergangenen Jahres korrigierte.

Das bedeutet, daß die Betriebe der Zone, wie einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zu entnehmen ist, frühestens seit Anfang März 1955 nach den endgültigen Produktionsplänen arbeiten konnten.

Die verzögerte Planaufstellung dürfte vor allem die Realisierung der Investitionsvorhaben nachteilig beeinflussen. Aus den Vorjahren sind noch erhebliche Investitionsrückstände aufgelaufen. So betrug der Wert der nicht fertiggestellten Bauten Ende September 1954 in der Lebensmittelindustrie 88 v. H., in der Leichtindustrie 80 v. H., im Maschinenbau über 146 v. H. und im Kessel-, Turbinen- und Schiffbau 30 v. H. der Investi-

tionsplansumme des Jahres 1954. Es läßt sich daher schon heute sagen, daß der Investitionsplan in 1955 mit einem Gesamtwert von rund 5 Mrd. DM nicht erfüllt werden wird.

Nach dem Fünfjahrplangesetz sollten von 1951 bis 1955 einschließlich von Krediten und Eigenleistungen insgesamt 28,6 Mrd. DM investiert werden. Nach den bisherigen Ergebnissen stand am Jahresanfang 1955 ein Rest von mehr als 8 Mrd. D-Mark offen. Die im Plan vorgesehenen Investitionen sind demnach nicht mehr zu verwirklichen.

Schikanen gegen Berlin

Berlin (Eigenbericht). Die in Westberlin wohnende 41jährige Dänin Ursula M. meldete sich dieser Tage bei der Westberliner Polizei und händigte ihr Drohbriefe des Sowjetzonen-Staatsicherheitsdienstes aus, in denen sie unter Androhung von Repressalien gegen ihre Eltern zu Spitzeldiensten aufgefordert wurde.

Als die Dänin kurz nach Weihnachten ihre Eltern in der Zone besuchte, erschienen SSD-Beamte und nahmen die Besucherin unter dem Vorwand mit, sie müßten ihr Visum überprüfen.

Der Straßenzoll

DT. In der Frage des drastisch erhöhten Straßenzolls, mit dem Pankow seit dem 1. April den Verkehr zwischen Berlin und der Bundesrepublik belastet, ist eindeutig klar, daß die mit dem erhöhten Straßenzoll zweifellos bezweckte Erschwerung des Verkehrs mit Berlin eindeutig in die Zuständigkeit der Alliierten fällt. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Angelegenheit in der Form eines diplomatischen Schrittes auf der Regierungsebene der vier Mächte behandelt werden wird.

Die sowjetische Verantwortung ergibt sich ganz klar aus dem Vertrag der vier Mächte von 1949. Sie kann von Moskau nicht einfach nach Pankow abgeschoben werden. Zuletzt noch wurde am 25. Januar in dem Er-

laß des Präsidiums des Obersten Sowjets über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland festgestellt, daß dieser Vorgang „nicht die Rechte und Pflichten der Sowjetunion berührt, die sich aus den bestehenden, Deutschland als Ganzes betreffenden internationalen Abkommen der vier Mächte ergeben“.

Was die deutsche Haltung in dieser Angelegenheit betrifft, so besteht zwischen den maßgebenden Stellen Übereinstimmung darüber, daß offizielle Besprechungen von Regierung zu Regierung — das heißt also Besprechungen der Minister oder ihrer Stellvertreter — zwischen Bonn und Pankow weiterhin abgelehnt werden. Diesen Standpunkt vertritt auch die SPD.

Rinder verhungerten

Berlin (DPA). Die katastrophale Krise in der Futtermittel-Versorgung hat in der Sowjetzone dazu geführt, daß im ersten Quartal 1955 rund 60 000 Rinder verhungerten oder notgeschlachtet werden mußten. Im gleichen Zeitraum sind 65 000 Schweine krepirt.

Lehrbuch für Atheismus

Berlin (DPA). Die Soldaten der polnischen Armee sollen planmäßig antireligiösen und kirchenfeindlichen Unterricht erhalten. Zu diesem Zweck ist ein Lehrbuch für Atheismus zum Gebrauch in der polnischen Armee erschienen.

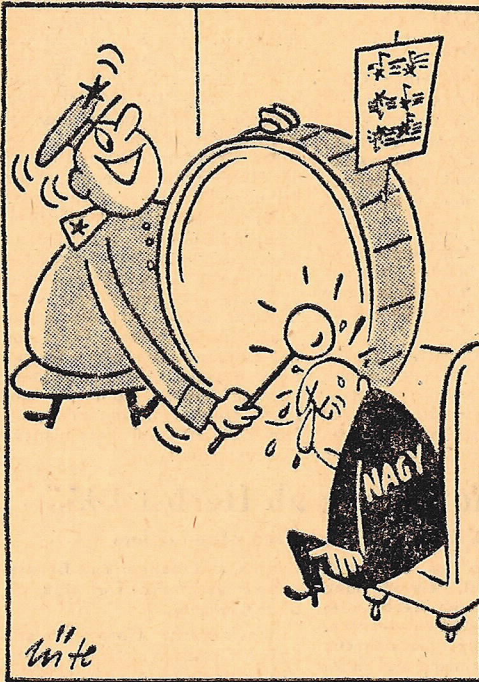
Die Fahrt ging nach Magdeburg, wo sie vom SSD in ein Kreuzverhör genommen wurde. Um freizukommen, unterschrieb sie schließlich den Verpflichtungsschein. Nach ihrer Rückkehr unterrichtete sie sofort die zuständigen Stellen in Westberlin.

Ende Januar erhielt Frau M. handgeschriebene Drohbriefe mit einer Deckadresse aus Magdeburg, die die Aufforderung enthielten, ihren Spitzelverpflichtungen nachzukommen.

Berlin (AP/DPA). Neue Übergriffe der Volkspolizei sind jetzt aus Marienborn bekanntgeworden. Während der letzten Tage wurden am Autobahnkontrollpunkt sieben beladene Lastzüge unter fadenscheinigen Vorwänden beschlagnahmt.

Berlin (Eigenbericht). Als Piraten betätigten sich Volkspolizisten, als sie am Donnerstag auf westlicher Seite der hier im Wasser verlaufenden Grenze einen unbewaffneten Kutter des Westberliner Zollgrenzdienstes enterten und nach Potsdam abschleppten.

Die vierköpfige Besatzung gab per Funk noch Meldung nach Westberlin. Es gelang ihnen auch, den Funk-Code des Zollgrenzdienstes zu vernichten. Wenige Stunden nachdem am Sonnabend die Westberliner Stadtkommandanten energisch bei den Sowjets protestiert hatten, wurde die Besatzung freigelassen. Auch das Boot wurde freigegeben.



Ungarische Rhapsodie

Des Kaisers neue Kleider

Grotewohl hat ein Wort erfunden, daß er gegen den westdeutschen Begriff der Mitbestimmung auszuspielen versucht. Es heißt Selbstbestimmung. Er sagte, auf Grund der politischen und ökonomischen Verhältnisse im Sowjetzonenstaat gehe es nicht darum, zu diskutieren, wie man das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und der Werk tätigen verwirklichen könne, sondern darum, „die Werk tätigen zu befähigen, ihr Selbstbestimmungsrecht richtig wahrzunehmen“.

Mit anderen Worten: Da wir den „Kapitalismus“ abgeschafft haben, kann von den Arbeitern nicht mehr das Recht angestrebt werden, in den VE-Betrieben mitzubestimmen. Der sogenannten Arbeiter- und Bauernmacht gehören ja die Betriebe, folglich muß den Arbeitern und Bauern beigebracht werden, daß es im Grunde sie selbst sind, die über ihre Betriebe bestimmen. Wer beispielsweise streikt, streikt

gegen den Staat und damit gegen sich selbst.

Das ist der dialektische Kniff, mit dem den Arbeitern in der Zone der Appetit auf ein Mitbestimmungsrecht nach westdeutschem Muster verdorben werden soll. Die Drohungen, die hinter dem trügerischen Scheinideal „Selbstbestimmung“ stehen, sollen die Macht einer Handvoll kommunistischer Funktionäre stabilisieren helfen.

Aber mit der sowjetzonalen Selbstbestimmung der Werk tätigen ist es wie in Andersens Märchen über des Kaisers neue Kleider: die Behauptung des Spaßmachers, er habe Gewänder aus ganz feinem (überhaupt nicht vorhandenem) Stoff angefertigt, wurde nur vom Kaiser selbst und von eilfertigen Höflingen geglaubt. Das Volk jedoch, das zu allen Zeiten einen unbestechlichen Blick für die Realitäten besaß, erkannte — die nackte Wahrheit.

Regierungssturz in Ungarn

Der ungarische Ministerpräsident Nagy ist seines Postens enthoben und aus dem zentralen Führungsorgan der Partei ausgeschlossen worden. Zu seinem Nachfolger wählte das Parlament den bisherigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Hegedüs, der bereits in seiner ersten Rede ankündigte, daß die Entwicklung der Schwerindustrie und die Landesverteidigung jetzt Vorrang vor allen anderen Aufgaben haben.

Nagy war in Ungarn der Exponent des „neuen Kurses“, der für eine nachdrückliche Förderung der Konsumgüter-Industrie war.

Der Sturz Nagys war vorauszusehen. Der Machtkampf zwischen dem Regierungschef Nagy und dem ersten Parteisekretär Rakosi war an dem Tage entschieden, als in Moskau Georgij Malenkow seine Selbstanklage vor dem Obersten Sowjet hielt.

Hegedüs war jahrelang Verbindungsmann zwischen der ungarischen KP und dem Kominform in Fragen der Landwirtschaftspolitik. Er gehört zur ultralinken Gruppe Rakosis und hat noch im vorigen Jahr zur verschärften Kollektivierungspolitik aufgerufen. Damals wurde er deswegen als Landwirtschaftsminister entlassen.

KZ Theresienstadt

Das frühere KZ-Lager Theresienstadt in Nordböhmen wird jetzt von den tschechoslowakischen Behörden als Straflager für politische Gefangene benutzt.

Es war umgekehrt

In diesen Tagen ist es üblich, zurückzuschauen auf die letzten Etappen des Kampfes um Berlin. In der ihr eigenen Art tut das auch die Ostberliner Presse. In der „Berliner Zeitung“ fanden wir folgende Behauptung:

„Die Hauptstadt liegt im Bereich der Artillerie der Roten Armee. Ein ungeheurer Flüchtlingsstrom wälzt sich aus Berlin hinaus gen Westen, ein anderer der Roten Armee entgegen.“

Wo dieser Schreiber heute vor zehn Jahren wohl gewesen sein mag? Die Beobachtung des Flüchtlingsstromes gen Westen ist richtig. — Aber der Flüchtlingsstrom der Roten Armee entgegen? Dazu waren jene furchtbaren Tage damals doch zu „eindrucksvoll“, als daß sich jemand heute so täuschen ließe.

Menü in einem Kochtopf

Die „Heinzelmännchen in der Küche“

Die „Heinzelmännchen der Küche“ haben sich auf einer Ausstellung in den Berliner Zoo-Sälen ein Stelldichein gegeben. Da gibt es keine schmutzigen und rissigen Hände mehr, weil eine Geschirrspülbürste mit Nylonborsten das Säubern spielend leicht macht, und auch das leidige Kartoffelschälen und das Putzen von Mohrrüben fällt weg. Eine Schälmaschine, deren Motor mit Wasser angetrieben wird, nimmt der Frau das Schälen und Waschen des Gemüses ab.

Wenn der Herd nur wenige Kochflächen hat, dürfte der Universal-Dampfkochtopf „Sanas“ das Richtige sein. Auf dem Topfboden wird das Fleisch angebraten, in dem Einsatz darüber kochen die Kartoffeln, und

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzutellen.

in einem weiteren Einsatz mit vier Fächern können verschiedene Gemüsesorten gedünstet werden. Die Temperatur steigt nie über 100 Grad, und da die

Zerstörung der lebensaufbauenden Stoffe erst bei 105 Grad erfolgt, bleiben alle Nährwerte erhalten. Feuerersparnis bis zu 70 Prozent.

Einwecken dauerte früher viele Stunden. Mit der neuen Einweckglocke ist es ein Kinderspiel. Das gekochte Obst oder Gemüse wird in die Gläser gefüllt, Gummiring und Deckel auf

das Glas gesetzt, die Einweckglocke darüber gestülpt, und dann saugt ein Kolben mit wenigen Bewegungen die Luft heraus. Schon nach einigen Sekunden ist das Glas luftdicht verschlossen und kann auf das Regal gestellt werden.

Ein Heinzelmännchen ist auch der Staubsauger „Kobold“. Er ist aus unzerbrechlichen Nylonteilen gefertigt, saugt nicht nur Teppiche und Möbel, sondern dient gleichzeitig als Rauchverzehrer, Mottenschutz und Trockenhaube.

Wahre Wunderwerke der Technik sind auch die neuen Pfaff-Nähmaschinen. Ohne von der Hausfrau besondere Kenntnisse beim Selbstschneiden vorauszusetzen, kann sie auf ihnen stopfen, flicken und stikken (bis zu 1000 verschiedene Stichvariationen).

Atomforschung ab Herbst 1955

Bau des ersten deutschen Atommeilers

Mit dem Bau des deutschen Atommeilers soll, wie in Bonn verlautete, schon im Herbst dieses Jahres begonnen werden. Die Entscheidung über den Ort soll unmittelbar nach der Wiedererlangung der deutschen Souveränität, also voraussicht-

lich im Mai, fallen. Zur Debatte stehen nach wie vor München und Karlsruhe.

Der deutsche Atommeiler soll ausschließlich friedlichen Zwecken dienen. Die Vorbereitungen für seine Errichtung werden vom Max-Planck-Institut für Physik in Göttingen geleitet, dessen Direktor Prof. Werner Heisenberg ist.

541000 neue Wohnungen gebaut

Etwa 500 000 Familien haben 1954 in der Bundesrepublik eine Neubauwohnung erhalten. In dieser Zeit wurden, wie aus einer Veröffentlichung des Bundeswohnungsbauministeriums hervorgeht, 541 000 Wohnungen gebaut, das sind 23 000 Wohnungen mehr als im Vorjahr. Dieses Ergebnis hat die Vorkriegsbauleistung um 250 Prozent überschritten.

Für den Wohnungsbau wurden im vergangenen Jahr rund 9 Mrd. DM aufgewendet. Über die Hälfte der errichteten Woh-

nungen fällt unter den sozialen Wohnungsbau.

Entweihung des Sonntags

Alle evangelischen Kirchenleitungen in der Sowjetzone haben in einem gemeinsamen Schreiben an Nuschke dagegen protestiert, daß auch in diesem Jahr am Karfreitag wieder Tanzveranstaltungen stattgefunden hätten. Auch die Sonntagsarbeit nehme in der Zone immer mehr zu. Diese Entwicklung stehe im Gegensatz zur Verfassung der Sowjetzone, die für die Sonntags- und Feiertage Arbeitsruhe vorschreibe.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird verandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.